

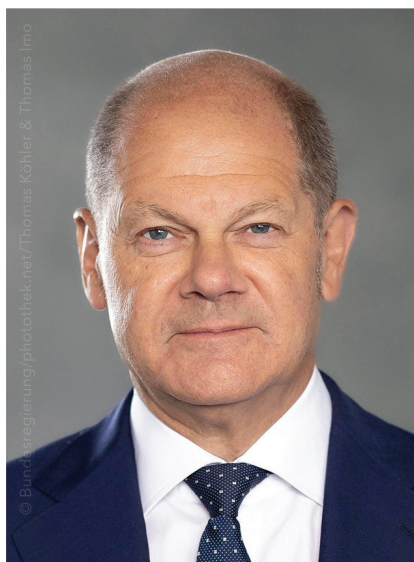
Heilberufe bitten Bundeskanzler um Hilfe

Ärzte, Zahnärzte und Apotheker sehen Versorgung gefährdet

Das hat es so noch nie gegeben: Vertreter der wichtigsten Heilberufe warnten am 19. Oktober gemeinsam vor einer schon bald drohenden Verschlechterung der flächendeckenden und wohnortnahen Versorgung.

Gabriele Regina Overwiening (Präsidentin der ABDA – Bundesvereinigung Deutscher Apothekerverbände), Dr. Andreas Gassen (Vorstandsvorsitzender der Kassenärztlichen Bundesvereinigung [KBV]) sowie Martin Hendges (Vorstandsvorsitzender der Kassenzahnärztlichen Bundesvereinigung [KZBV]) riefen die Politik im Allgemeinen und Bundeskanzler Olaf Scholz im Besonderen in der Bundespressekonferenz zum schnellen Handeln auf.

Ein überbordendes Maß an Bürokratie, eine seit Jahren unzureichende finanzielle Ausstattung zur Versorgung der Patientinnen und Patienten, eine Digitalisierung, bei der die Heilberufler in wichtigen Fragen außen vor gelassen werden, ein belastender Fachkräftemangel, wenig Verständnis für eine präventive Versorgung sowie die durch den Sparwahn der Krankenkassen ausgelöste Krise der Arzneimittel-Lieferengpässe drohen die von der Bevölkerung hochgeschätzte Versorgung mit der Apotheke und Praxis vor Ort unwiederbringlich zu zerstören. Damit werde zugleich eine mittelständisch geprägte Struktur mutwillig gefährdet, die für rund eine Million wohnortnahe Arbeitsplätze stehe und einen sozialen Stabilitätsfaktor darstelle, so die Spitzen von ABDA, KBV und KZBV. All das droht Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach mit seiner Politik zu zerstören. Alle drei Berufsgruppen berichten, dass der Minister in den bisherigen Gesprächen kein Verständnis für die Probleme und Sorgen der Freiberufler gezeigt habe.



Ärzte, Zahnärzte und Apotheker sehen die flächendeckende Versorgung gefährdet und bitten nun Bundeskanzler Olaf Scholz direkt um Unterstützung. Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach habe kein Verständnis für die aktuellen Probleme des Gesundheitswesens.

Dazu erklärte ABDA-Präsidentin Gabriele Regina Overwiening: „In der Lieferengpass-Krise beweisen die Apotheken erneut, wie wichtig sie für die Daseinsvorsorge sind. Im Auftrag der Politik übernehmen sie immer mehr Aufgaben in der wohnortnahen Versorgung – doch trotz steigender Kosten wurde unsere Vergütung seit elf Jahren nicht angepasst. Infolgedessen befindet sich die Apothekenzahl im Sinkflug. Die Bundesregierung

muss das flächendeckende Apothekennetz schnellstmöglich stabilisieren!“

Der KBV-Vorstandsvorsitzende Dr. Andreas Gassen sagte: „Wir wissen, dass viele der niedergelassenen Kolleginnen und Kollegen schon jetzt die Notwendigkeit sehen, ihr Leistungsangebot einzuschränken. Minister Lauterbach hat seinerzeit versprochen, unter ihm werde es keine Leistungskürzungen geben. Tatsächlich läuft seine ganze Politik aber genau darauf hinaus, wenn er die ambulanten Strukturen mit selbstständigen Freiberuflern als Rückgrat der Versorgung zerstört.“

Martin Hendges, Vorstandsvorsitzender der KZBV, führte aus: „Die Kostendämpfungspolitik der Bundesregierung und insbesondere die im GKV-Finanzstabilisierungsgesetz verankerte strikte Budgetierung haben schon jetzt verheerende Folgen für die zahnärztliche Patientenversorgung – insbesondere für die neue präventionsorientierte Parodontistherapie. Parodontitis ist eine komplexe Entzündungserkrankung des Menschen und steht in direkter Wechselwirkung mit Diabetes mellitus und nimmt zudem Einfluss auf weitere schwere Allgemeinerkrankungen. Im Sinne einer präventionsorientierten Patientenversorgung ist es zwingend erforderlich, die Leistungen der Parodontistherapie von der Budgetierung noch in diesem Jahr auszunehmen!“

Redaktion